

# Meldungen

zusammengestellt von Theo Ebbers und Thomas Hoffmann

## Krise in Uttar Pradesh beendet

Mit der Bildung einer Koalition zwischen der 'Bharatiya Janata Party' (BJP) und der 'Bahujan Samaj Party' (BSP) und der erneuten Vereidigung der BSP-Politikerin Mayawati zur 'Chief'-Ministerin des bevölkerungsreichsten indischen Bundesstaates, ging in der zweiten Märzhälfte die sechsmonatige politische Krise in Uttar Pradesh zu Ende. Bei den letzten Wahlen zum Landesparlament im Oktober vergangenen Jahres hatte keine der angetretenen Parteien eine regierungsfähige Mehrheit erzielen können, jeder Versuch der Bildung einer Koalitionsregierung scheiterte. Angesichts dieser politischen Pattsituation sah sich die 'United Front'-Regierung in Delhi genötigt, die umstrittene 'presidents rule' über Uttar Pradesh zu verhängen und selbst die Verwaltung des Bundesstaates zu übernehmen. Diese Entscheidung war in den letzten Monaten von vielen politischen Beobachtern und selbst von Mitgliedern der 'United Front'-Koalition immer wieder heftig kritisiert worden, doch deutete keine der im Landesparlament Uttar Pradesh vertretenen Parteien Kompromißbereitschaft in Sachen Regierungsbildung an. Gleichzeitig wuchs die Kritik an Gouverneur Bhandari, dem vorgeworfen wurde, immer weniger in der Lage zu sein, für Recht und Ordnung zu sorgen.

Während sich in der ersten Märzhälfte angesichts der drohenden Verlängerung der 'presidents rule' in Delhi die politischen Auseinandersetzungen um Bhandari zuspitzten, überraschten BSP und BJP mit der plötzlichen Einigung über die Formung einer Koalitionsregierung. Wichtigster Punkt dieser Vereinbarung ist eine Rotationsregelung für den Posten des 'Chief'-Ministers, der nun alle sechs Monate zwischen den beiden Regierungspartnern wechseln soll. Die ersten sechs Monate wird Frau Mayawati das Amt übernehmen, daß sie schon einmal für kurze Zeit und ebenfalls mit BJP-Unterstützung bis Oktober 1995 innehatte. Abgelöst werden soll sie von Kalyan Singh von der BJP. Der Posten des Parlamentspräsidenten soll an die BJP gehen, die über 176 Sitze im insgesamt 425 Sitze umfassenden Landesparlament verfügt. Die BSP stellt 67 Abgeordnete.

Angesichts der politischen und ideolo-

gischen Differenzen zwischen der BJP als traditioneller Hindupartei und der BSP, die als Interessensvertreter von Dalits und Gegner des Kastensystems auftritt, muß abgewartet werden, wie lange dieses Bündnis halten wird. Wenn die beiden so ungleichen Partner ihre "Zweckehe" trotz der bestehenden Differenzen erfolgreich fortsetzen können, könnten BJP-BSP-Bündnisse ein wichtiger Machtfaktor in der politischen Landschaft Indiens werden. Können die beiden Parteien den Wählern beweisen,



Mayawati, die neue Ministerpräsidentin  
(Foto: V.V. Krishan)

daß sie in der Lage sind, miteinander zu kooperieren, könnte es ihnen gelingen, bei zukünftigen Wahlen die Mehrheit der Wähler für sich zu gewinnen: während die BJP die oberkastigen Wählerschichten anspricht, werden die unteren Kasten und vor allem die Dalits die Wählerschaft der BSP stellen. Neben dem Regierungsbündnis mit der 'Akali Dal' im Punjab (siehe Beitrag dazu in dieser Ausgabe), bietet sich der BJP mit ihrem neuen Bündnis in Uttar Pradesh eine weitere Chance, den Wählern zu beweisen, daß sie zu einer verantwortungsvollen Politik fähig ist.

## Hoffnungsschimmer für Nagaland?

Für Schlagzeilen und großes öffentliches Aufsehen sorgten in den ersten

Märzwochen Medienberichte über die Bereitschaft des 'National Socialist Council of Nagaland (Muivah)' (NSCN-IM), mit der indischen Regierung Verhandlungen über eine Lösung des seit über 50 Jahren währenden Konfliktes um Nagaland zu führen. Presseberichten zufolge hat Premierminister Deve Gowda während des Weltwirtschaftsgipfels in Davos (Schweiz) Thuingaleng Muivah und Issac Swu, die beiden führenden Köpfe hinter der wohl gefährlichsten Extremistengruppe im indischen Nordosten, getroffen, um mit ihnen Wege und Möglichkeiten für eine politische Lösung der Nagalandfrage zu diskutieren. Die plötzliche Gesprächsbereitschaft von Muivah und Swu, die noch vor kurzem jede Art von Verhandlungen mit den indischen "Besatzern" abgelehnt hatten, falls diese nicht die völlige Unabhängigkeit Nagalands beinhalten würden, hat zu einer Vielzahl von Spekulationen über die Motivation der beiden Führer Anlaß gegeben. In den letzten Monaten konnten die im Nordosten stationierten indischen Sicherheitskräfte, insbesondere die Armee, einige wichtige Erfolge in ihrem Kampf gegen die Extremisten verbuchen. Dies allein kann jedoch kaum der Grund für das plötzliche Einlenken der NSCN-Führungskader sein. So zweifeln denn insbesondere politische Beobachter im Nordosten des Landes an der Ernsthaftigkeit der von Muivah und Swu signalisierten Gesprächsbereitschaft. Ihrer Auffassung nach könnte es sich auch um ein taktisches Manöver handeln, daß dem NSCN Zeit und Gelegenheit gibt, die in den letzten Monaten erlittenen militärischen Rückschläge zu überwinden und sich neu zu formieren. Sollten die beiden Guerillaführer es mit ihren Signalen ernst meinen, so wird es ihre vordringlichste Aufgabe sein, zunächst die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Nagaextremistengruppen zu beenden und die vielen Nagastämme zu vereinigen. Ohne eine solche Einheit unter den verschiedenen Nagavölkern werden Friedensgesprächen zwischen der indischen Regierung und den Kämpfern des NSCN zum Scheitern verurteilt sein.

## Todesurteil für Fischzuchtbetriebe

Anfang Februar bestätigte das Ober-

ste Gericht (Supreme Court) seine Entscheidung vom 10. Dezember vergangenen Jahres, daß bis Ende März 1997 alle Fischfarm- und Fischzuchtbetriebe, die sich innerhalb der Küstenschutzzone (coastal regulation zone) befinden, geschlossen werden müssen. Von dieser Anordnung sind entlang der 6.000 Km langen Küste mehrere zehntausend Aquafarmen betroffen, die insgesamt über 85.000 ha Fläche beanspruchen.

Aquakulturen, insbesondere Garnelenzuchtbetriebe, waren in den vergangenen Jahren vor allem entlang der Küste Andhra Pradeshs, Tamil Nadus und Keralas wie Pilze aus dem Boden geschossen. Bei Jahresumsätzen von mehr als 70 Milliarden Rupien brachten sie durch Garnelenexporte Devisenerträge von mehr als 20 Milliarden Rupien pro Jahr.

Was für die einen bisher ein gutes, profitables Geschäft gewesen ist, war für andere ein Desaster. Die Anlage großer Fisch- und Garnelenfarmen durch Geschäftsleute, die hier lediglich ausgezeichnete Investitionsmöglichkeiten sahen, verdrängte tausende traditioneller Fischer, Fischfarmer und Kleinbauern und entzog diesen ihren Lebensunterhalt. Wertvolle landwirtschaftliche Flächen wurden ebenso für die Einrichtung von Garnelenfarmen genutzt wie kostbare küstennahe Ökosysteme. Landpreise stiegen in einigen küstennahen Gebieten in kurzer Zeit so stark an, daß die dort ansässigen Bauern keine Chance mehr hatten, Land zu erwerben. Mit ihren intensiv bewirtschafteten Aquafarmen und jährlichen Wachstumsraten von über 100 Prozent, hat sich die Fischzuchtindustrie Indiens in kurzer Zeit selbst den Todesstoß versetzt, der durch den Urteilsspruch des Obersten Gericht nur beschleunigt wurde.

Der Spruch der Obersten Richter verbietet die Einrichtung von Garnelenfarmen auf landwirtschaftlichen Nutzflächen, auf Flächen für die Salzgewinnung, in Mangrovenwäldern und anderen Waldflächen. Begründet wurde das Urteil mit den negativen ökologischen Auswirkungen der Garnelenfarmen, die in kurzer Zeit die Böden versalzen lassen und durch ihre Abwässer küstennahe Meeresgebiete verunreinigen. Die langfristigen ökologischen Schäden, die in strandnahen Gewässern durch das Fangen von Milliarden von Garnelenlarven entstehen, die dann an die Farmen weiterverkauft werden, ist noch lange nicht abzusehen. Das Gericht machte den Fischfarmern zur Auflage, bis Ende Mai ihren Beschäftigten, die nun ihre Arbeitsplätze verlieren werden, Entschädigungen in einer Gesamthöhe von 30 Milliarden Rupien zu zahlen.

Von der Anordnung am stärksten betroffen ist der Bundesstaat Andhra Pradesh. Allein hier werden Teiche von ins-

gesamt etwa 55.000 Hektar Fläche bewirtschaftet, nach Angaben aus der Fischindustrie sind es gar 70.000 Fischfarmer, die über 76.000 Hektar Zucht- und Farmteiche bewirtschaften. Über 150.000 Beschäftigte sind nach diesen Angaben von der drohenden Schließung betroffen. Angesichts dieser sozialen und ökonomischen Dimensionen einer Umsetzung des Richterspruches haben eine Reihe von Politikern - von denen der eine oder andere sicherlich auch am Garnelen- und Fischzuchtgeschäft partizipiert - der Fischindustrie versprochen, sich für eine Änderung des Küstenschutzgesetzes einzusetzen und die Schließung ihrer Fischfarmen zu verhindern. Auch Andhra Pradeshs 'Chief'-Minister, Chandra Babu Naidu, der einer der wichtigsten Akteure beim Zustandekommen der 'United Front'-Regierung in Delhi war, hat den Fischfarmern in seinem Bundesstaat inzwischen versprochen, sich für ihre Anliegen bei der Zentralregierung einzusetzen. Die staatliche 'Agentur zur Förderung des Exportes von Meeresprodukten', die eine Vielzahl von Projekten und Programmen zur Steigerung von Fisch- und Garnelenexporten unterhält, hat dem Obersten Gericht vorgeworfen, das Urteil auf Gutachten zu stützen, welche die ökologischen Folgen der Fischfarmen falsch einschätzten.

Sowohl das staatliche Interesse an den Deviseneinnahmen aus dem Fischereisektor, als auch die privaten geschäftlichen Interessen einiger Politiker werden wohl dazu führen, daß dieses Gerichtsurteil niemals wirklich umgesetzt wird.

### Urteil nach 17 Jahren: Recht ohne Gerechtigkeit?

Im Mai 1980 wurden im Dorf Kafalta, im Kumaon-Distrikt Uttar Pradesh, 14 Dalits brutal ermordet. Die Täter: hochkastige Thakurs. Das Verbrechen, das die tiefen sozialen Gegensätze zwischen Kastenhindus und Dalits deutlich machte, sorgte damals in den indischen Medien für Schlagzeilen - Politiker aller Parteien versuchten, es politisch für sich auszuschlachten. Als im Februar das Oberste Gericht alle bisherigen Urteile untergeordneter gerichtlicher Instanzen verwarf und 16 Thakurs des Mordes an den Dalits für schuldig befand, nahm davon kaum jemand Kenntnis. 17 Jahre dauerte es, bis die für das Massaker Verantwortlichen nun endlich verurteilt und mit einer lebenslangen Haft einer gerechten Strafe zugeführt wurden.

Die Reaktionen auf das Urteil in Kafalta und anderen Dörfern der Region, die Reaktionen der Überlebenden des Massakers und der Angehörigen der Ermordeten sowie die Reaktionen der Ver-

urteilten und deren Angehörigen zeigen jedoch in aller Deutlichkeit, daß zwar nach 17 Jahren möglicherweise dem Gesetz Genüge getan worden ist, daß sich jedoch an der tiefen Kluft zwischen den 'unberührbaren' Dalits und den Kastenhindus in der Region nichts geändert hat, diese möglicherweise sogar vertieft wurde. Nach der Verkündung des Urteils bekundeten die Hinterbliebenen der Ermordeten ihre Angst vor Racheakten der hochkastigen Thakurs. Die Dalits, die in der Region nur eine kleine Minderheit in einer von oberen Kasten dominierten Gesellschaft bilden, haben nicht nur die direkten Angehörigen der Verurteilten Thakurs gegen sich, sondern auch die öffentliche Meinung in der Region. Immer wieder hört man Aussagen, die das Massaker zwar verurteilen, die lebenslange Haftstrafe gegen die Täter jedoch für zu hart halten. "Wozu diese alten Männer noch ins Gefängnis stecken?" ist eine von Angehörigen der oberen Kasten gestellte Frage, mit der die Verurteilung der Straftäter als falsch und die Strafe als unangemessen zurückgewiesen wird. Mit dem Urteil mögen die Dalits zwar einen seltenen, vielleicht sogar historischen Sieg über Angehörige der höheren Kasten errungen haben, doch hat es den tiefen Graben zwischen den beiden Gruppen nicht verringern können (siehe hierzu auch den Beitrag über Dalits in dieser Ausgabe).

### Gefängnisstrafe für Ex-Minister

Zu einer zehnjährigen Gefängnisstrafe wurde Mitte März der ehemalige Minister für Energie, Kalpnath Rai, verurteilt, weil er 1992 nach einer Schießerei in Bombay den daran beteiligten Kriminellen Unterschlupf gewährt haben soll. Das Gericht sah es als erwiesen an, daß Rai in seiner Funktion als Energieminister einem gewissen Subhash Singh Thakur, der als Mitglied der Mafiagruppe um Dawood Ibrahim gilt, in Gästehäusern der 'Nationalen Wärmeenergiegesellschaft' in Delhi und der städtischen Elektrizitätswerke in Bombay Übernachtungsmöglichkeiten besorgt hat. Dawood Ibrahim gilt als einer der wichtigsten Mafiabosse Indiens und Hauptdrahtzieher der verheerenden Bombenanschläge in Bombay im Jahre 1992.

### Schamlos ausgenutzt

76 Mädchen aus dem westbengalischen Distrikt Murshidabad wurden von organisierten Schleppern aus ihren Dörfern entführt und zum Betteln in den Straßen von Mekka und Jiddah nach Saudi-Arabien verschleppt. Die zwischen fünf und dreizehn Jahren alten Mädchen kehrten Mitte Januar nach In-

dien zurück, wo sie zunächst in einem staatlichen Erziehungsheim untergebracht wurden. Anfang Februar erreichte eine zweite Gruppe - 40 Jungen und sechs Mädchen - Indien. Von den 122 entführten Kindern sind 32 körperlich behindert. Eine von ihnen ist die achtjährige Shajeda, der wie all den anderen, mehrheitlich moslemischen Kindern noch immer die Schrecken der Folter und des Traumas der Erlebnisse ins Gesicht geschrieben steht. Besonders Shajeda wird ihr Leben lang an den Folgen ihrer Verschleppung zu tragen haben. "Ich war eingeschlafen, nachdem ich den ganzen Tag gebettelt hatte," erzählt sie. "Plötzlich erwachte ich laut schreiend. Der Onkel hatte mir heißes Öl ins Gesicht geschüttet, weil ich mich geweigert hatte, das erbettelte Geld bei ihm abzuliefern." Auch die zehnjährige Champa aus dem Dorf Kandi im Distrikt Murshidabad berichtet über ihre Erlebnisse: "Ein Mann namens Ali wandte sich an meinen Vater mit der Bitte, mich ihm für einige Tage zu leihen. Ich kannte den Mann und nannte ihn khala, Onkel. Ali gab meinem Vater Geld und wenige Tage später saß ich im Zug nach Bombay, von wo aus wir mit einem Schiff nach Saudi-Arabien, nach Mekka weiterreisten. Dort bettelte ich ein Jahr lang und nahm täglich zwischen 100 und 150 Rupien ein. Außer einigen kleinen Münzen, mußte ich alles Geld an khala abliefern".

Die Kinder werden von ihren Entführern entlang der Pilger Routen in Mekka und Jiddah eingesetzt und ernähren sich von dem, was Ladenbesitzer oder Pilger ihnen geben. Die Mehrzahl der Kinder war ein, einige wenige bis zu vier Jahren in Saudi-Arabien. Zumeist werden die Kinder entweder von ihren eigenen Verwandten oder aber von Nachbarn aus dem Dorf nach Saudi-Arabien gebracht. Viele von ihnen scheinen gefoltert worden zu sein. Das erbettelte Geld mußten sie an ihre Entführer abgeben, die wiederum einen vereinbarten Prozentsatz an saudische Agenten weitergeben. Als besonders geeignet für diese schamlosen Machenschaften gelten bei den Entführern körperlich behinderte Mädchen unter 13 Jahren, die offensichtlich mehr Mitleid erregen als Jungen bzw. als körperlich gesunde Kinder und die sich noch unverschleiert in der Öffentlichkeit bewegen dürfen. Nachforschungen im Distrikt Murshidabad haben ergeben, daß die Entsendung minderjähriger Behinderter zum Betteln nach Saudi-Arabien unter den armen Familien der Dörfer um Behrampore eine gängige Praxis ist, die bereits eine regel-



Die Regierung versucht mit solchen Plakaten für reinere Luft in Indiens Städten zu sorgen

(Foto: Thomas Stukenberg)

rechte Organisationsform erhalten hat. Die Agenten dieser Organisation machen arme Familien, in denen behinderte Kinder leben, ausfindig; und zwar insbesondere an Kinderlähmung erkrankte Mädchen. Diese bringen sie vor der moslemischen Pilgersaison nach Saudi-Arabien. Die Kinder werden dabei nicht gewaltsam entführt, sondern es handelt sich dabei immer um eine Übereinkunft zwischen den Eltern und den Agenten. Daher gehen bei der Polizei auch kaum Vermißtanzeigen wegen verschwundener Kinder ein. Die indischen Agenten organisieren zusammen mit ihren saudischen Counterparts alle administrativen Angelegenheiten wie die Ausstellung eines Passes oder die Reiseformalitäten für die Kinder. Das Geschäft blüht seit nunmehr fünf Jahren und die Schlepper arbeiten eng mit der Polizei zusammen, mit deren Hilfe sie die Kinder außer Landes bringen. Die Eltern der Kinder erhalten in der Regel 5.000 Rupien für eine Tochter und 3.000 Rupien für einen Sohn sowie das Versprechen, nach Rückkehr der Kinder das große Geld zu bekommen, was jedoch nicht eingehalten wird. Den großen Gewinn machen die Agenten, denn die Kinder erbetteln in Saudi-Arabien große Summen, da während des Fastenmonats Ramadan in Saudi-Arabien Gold als Almosen gegeben wird. Es kommt vor, daß die bettelnden Kinder manchmal Gold im Wert von mehreren hunderttausend Rupien erhalten, das ihnen die Agenten aber wieder abnehmen. Die Polizei fühlt sich machtlos, denn selbst wenn sie einen der Agenten erwischen,

müssen sie ihn wieder laufen lassen, da sich niemand bereit erklärt, gegen ihn vor Gericht auszusagen.

### Ungesundes Delhi

Die ehemals grüne Stadt zählt heute zu den am stärksten verschmutzten Städten der Welt. Rajendra Gupta, Transportminister Indiens, gab bekannt, daß 7.500 Menschen infolge der Luftverschmutzung bereits verstorben seien. Diese Zahl war zwar übertrieben, nicht aber das Problem. Im Verlauf der vergangenen Dekade stieg die Luftverschmutzung in Delhi um 75 Prozent an, so daß Delhi heute unter allen indischen Städten diejenige ist, deren Luft am stärksten belastet ist. Verursacht wird dies vor allem durch die rund zwei Millionen Motorfahrzeuge - mehr als in Bombay, Kalkutta und Chennai zusammen -, die in der Stadt verkehren. Jährlich kommen schätzungsweise einhunderttausend Fahrzeuge hinzu, wobei die Zweiräder zwei Drittel des motorisierten Verkehrs ausmachen. Weitere Verursacher der Luftverschmutzung sind Wärmekraftwerke sowie Industrie- und Hausbrand. Nach Aussage des Umweltberichtes der Stadt inhaliert jeder Bewohner Delhis pro Tag eine Schadstoffmenge ein, die der von einhalb Packungen Zigaretten entspricht. Ferner ist zu lesen, daß Atemwegserkrankungen in Delhi zwölfmal häufiger registriert werden als im nationalen Durchschnitt und etwa dreißig Prozent der Bevölkerung Delhis bereits darunter leiden. Den größten Teil der

## Indien spielt Gefahren in Kashmir unverändert herunter

Die vier westlichen Globetrotter, die im Juli 1995 im indischen Himalaya-Bundesstaat Jammu & Kashmir entführt wurden, sind nach Meinung von Landeskennern tot. Dabei handelt es sich um den Erfurter Dirk Hasert, einen Amerikaner und zwei Briten. Einer weiteren Geisel aus Norwegen war bereits nach einem Monat der Kopf abgeschlagen worden. Ein sechster Tourist aus Amerika konnte kurz nach der Entführung fliehen. Die jungen Leute waren von der bis dahin unbekanntenen Rebellen-gruppe 'Al Faran' verschleppt worden, um die Freilassung von 21 Sinnesgenossen zu erzwingen. Die uninformierten Touristen waren individuell zu Bergwanderungen aufgebrochen und von indischer Seite nicht gewarnt worden, obwohl in Kashmir seit 1989 ein blutiger Bürgerkrieg um die Selbstbestimmung tobt. Dieser kostete bisher schätzungsweise 15.000 Menschenleben und brachte die einst blühende Tourismusindustrie im Srinagar-Tal völlig zum Erliegen. Fast alle der 500 Hotels, Hotelboote und Gasthäuser mußten schließen oder wurden von der indischen Armee besetzt. Folter und Entführungen sind ebenso an der Tagesordnung wie das Verschwindenlassen von Kashmiris. Doch im Gegensatz zum Kidnapping der Touristen berichten Nachrichtenagenturen im Westen darüber nur selten.

Ausländische Landeskenner und indische Kritiker werfen der Regierung und den westlichen Diplomaten falsche beziehungsweise ungeschickte Vorgehensweisen vor und verstehen auch die rigorose Ablehnung eines Lösegeldes nicht.

Offizielle Tourismusvertreter aus Indien spielen die Gefahren in Kashmir und in den neu geöffneten Gebieten in Nordost-Indien unverändert herunter, so auch auf der Pressekonferenz im vergangenen Jahr auf der Internationalen Tourismus-Börse (ITB) in Berlin. Angesprochen auf die Entführung betonten sie, dabei handele es sich "nur um vereinzelt Fälle" und es herrsche "überhaupt keine Gefahr". Es sei "überall friedlich und vollkommen sicher". Der Binnentourismus nach Jammu & Kashmir habe sogar wieder zugenommen, Touristen seien "vollständig geschützt" und "nirgendwo sonst auf der Welt" gebe es eine "vergleichbare Gastfreundschaft". Die Landesregierung von Jammu & Kashmir bekräftigte Ende Februar diesen Jahres ihren Willen, Kashmir "wieder auf der Landkarte des internationalen Tourismus zu plazieren".

Ludmilla Tüting

Luftverschmutzung in Delhi machen CO-Emmissionen aus, gefolgt von Schwefeldioxid und Stickoxiden. Die höchsten gemessenen Konzentrationen an CO-Belastungen wurden am Vikas Marg, einer der belebtesten Kreuzungen der Stadt registriert. Zwei- und Dreiräder zeichnen für etwa 80 Prozent der CO-Emmissionen verantwortlich, wohingegen PKWs vornehmlich Blei-Emmissionen verursachen. Der Bericht konstatiert ferner, daß die von Motorfahrzeugen ausgestoßenen Emmissionen in stärkerem Maße tödlich wirken, als dies für Wärmekraftwerke gilt, da erstere bodennäher ausgestoßen werden und kaum diffundieren können. Das Komitee zur Kontrolle der Luftverschmutzung von Delhi fand heraus, daß zwar auch drei Wärmekraftwerke - in Badarpur, Indraprastha und Rajghat - zur Verschmutzung beitragen, daß die Höhe deren Schornsteine jedoch adäquat für die ausgestoßenen Gase sei. Dennoch entpuppt sich eines der Ausstoßprodukt, nämlich die Flugasche, als Ursache gesundheitlicher Beschwerden. Auch die für die Stadt geltenden Lärmvorschriften werden nach Angaben eines Berichtes der Umwelt-Kontrollbehörde massiv überschritten. Dies gelte selbst für ruhige Zonen der Stadt, etwa im Umfeld von Schulen, Hospitälern, Gerichten und für Wohngebiete, wo Lautsprecher, Autohupen und Feuerwerkskracher in einem Radius von einhundert Metern verboten sind. Während die industriell bedingte Lärmbelastung bereits ernste Dimensionen angenommen hat, ist es doch vor allem der Straßenverkehr, der für den Lärm verantwortlich ist. 1991 ergab eine Studie, daß an keinem von insgesamt 60 Meßpunkten in der Stadt

ein Lärmpegel unter dem vorgeschriebenen Limit lag. Die Verschmutzung des Yamuna-Flusses ist eine weitere Dimension der Umweltverschmutzung in und um Delhi. Der Fluß wurde bereits als ungeeignet zum Baden klassifiziert, nachdem Untersuchungen ergaben, daß pro 100 Milliliter etwa 7.500 coliforme Organismen nachgewiesen wurden. Und das an einer Stelle, bevor der Yamuna-Fluß Delhi erreicht. Nachdem auch Delhis Abwässer dem Fluß zugeführt werden, explodiert die Bakterienkonzentration auf neun Millionen coliformer Organismen pro 100 Milliliter. Zum Vergleich dazu sei der gesetzlich vorgeschriebene Höchstwert genannt: 5.000 coliforme Organismen/100 ml. Verursacht werden diese massiven Verschmutzungen durch fehlende Abwassersysteme und Kläranlagen. Die gesundheitlichen Konsequenzen dieser massiven Umweltverschmutzung finden ihren Ausdruck im Gesundheitszustand der Bevölkerung bzw. in Zahlen wie 449 Tuberkulose-Tote im Jahr 1992, 182 Bronchitis-Tote und 45.365 Bronchitis-Erkrankungen im gleichen Jahr. Kinder sind in besonders starkem Maß von Asthma befallen. War 1986 noch eines von 40 Kindern von dieser Krankheit befallen, so war es 1988 bereits eines von zwanzig Kindern. Eine andere Gruppe Betroffener sind die Verkehrspolizisten, die stundenlang einer CO-Belastung ausgesetzt sind, die zwanzigmal höher ist, als die in einem Gebäude der Stadt. Die Stadtverwaltung und die zuständigen Behörden scheinen das Ausmaß der Umweltbelastungen mittlerweile realisiert zu haben. So finden allmählich erste Umstellungen auf bleifreies Benzin statt, die Schadstoffemmissionen städtischer

Busse und privater Fahrzeuge werden gemessen und es wird versucht, die Abgabe von Benzin nur an Fahrzeuge mit einem "Schadstoffemission unter Kontrolle"-Zertifikat durchzusetzen.

### Entschädigungen für Kinderarbeiter nach langem Kampf

Am 11. September 1995 kamen bei einer Explosion in einer illegalen Feuerwerksfabrik im Howrah Distrikt Westbengalens 23 Kinder ums Leben, die hier beschäftigt waren. Trotz einer intensiven Kampagne des 'Centre for Communication and Development' (CCD), einer Organisation, die sich u.a. für die Rechte von Kinderarbeitern und gegen die Ausbeutung von Kindern als billige Arbeitskräfte einsetzt, haben sich die staatlichen Behörden Westbengalens bisher geweigert, den Hinterbliebenen der Opfer und den bei der Explosion verletzten Kindern Entschädigungen zu zahlen. Erst auf großen öffentlichen Druck ordnete die Landesregierung Kontrollen von Feuerwerksfabriken und die Verhaftung solcher Fabrikbesitzer an, die Kinder beschäftigen. Doch war die Regierung noch immer nicht bereit, den Explosionsopfern Entschädigungen zu zahlen. Im November 1996 entschied dann der High Court in Calcutta, bei dem CCD eine Klage eingereicht hatte, daß den Familien der getöteten Kinder jeweils 100.000 Rupien zu zahlen seien. Unterdessen häufen sich jedoch aufgrund des Einsatzes für die Rechte von Kindern und den juristischen Erfolgen die Drohungen gegen CCD. Die Organisation sieht ihre weitere Arbeit angesichts der Taten- und Teilnahmslosigkeit von Regierung und Verwaltung gefährdet

(weitere Details sind über das Südasienbüro zu beziehen).

### Wirbel um Konzert vor dem Taj Mahal

Auf große öffentliche Beachtung stieß ein Ende März in Agra veranstaltetes Konzert des "weltberühmten Yanni", wie der griechische Musiker in den indischen Medien angekündigt wurde. Während sich die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die möglichen negativen Auswirkungen der lauten Musik und der Scheinwerfer auf das Taj Mahal richtete, in dessen unmittelbarer Nähe das "musikalische Großereignis" stattfand, wurden die Auswirkungen der Veranstaltung auf eine Gruppe von Kleinbauern, die die umliegenden Felder bewirtschaften, von der breiten Öffentlichkeit übersehen. Eine Gruppe von Künstlern und Journalisten hatte zwar versucht, eine einstweilige Verfügung gegen das Konzert zu erwirken, um das historische Monument vor Schädigungen zu bewahren, doch um die Belange der Kleinbauern kümmerte sich kaum einer. Die Bühne und das "open-air"-Areal für das Publikum (Fassungsvermögen 7.500) wurden in etwa 300 Meter Entfernung vom Taj Mahal am Ufer des Yamuna errichtet. Das hierfür beanspruchte Gelände, sowie die speziell angelegten Zufahrtswege, sind jedoch Teil landwirtschaftlicher Nutzflächen, die von einer Gruppe von Kleinbauern bewirtschaftet werden. Die örtlichen Behörden, die mit

der Vorbereitung des Konzertes betraut waren, zwangen die Bauern, ihre landwirtschaftlichen Tätigkeiten auf dem Gelände einzustellen und die Felder ungeachtet der bisher angebauten Früchte für die "größte Show der Welt" (Yanni) vorzubereiten. Für die betroffenen Bauern bedeutet dies den Totalverlust ihrer Gurken- und Melonenproduktion zumindest für diese Saison.

"Ich habe das Taj Mahal als Ort für mein Konzert gewählt, weil die Botschaft meiner Musik Liebe ist," so der Musiker während einer Pressekonferenz kurz vor dem ersten der drei Konzerte, bei der er von sechs der betroffenen Bauern begleitet wurde. Um seine Liebesbotschaft unter Beweis zu stellen, fragte er die Kleinbauern vor den versammelten Journalisten, ob sie über ihn und seine Musik unglücklich wären - die zu erwartende positive Antwort auf diese rhetorische Frage läßt vermuten, daß die betroffenen Bauern eine ihren Verhältnissen entsprechend gute und ausreichende Entschädigung für den ihnen entstandenen Ernteverluste erhalten haben. Yanni hat wohl außer seiner Liebe, der er durch seine Musik Ausdruck verleihen will, den Bauern nichts zu bieten. Wahrscheinlich kamen diese auch kaum in den Genuß seiner musikalischen Darbietungen bei Eintrittspreisen von bis zu 10.000 Rupien (500 Mark).

### Farmaufenthalt und Kulturaustausch in Ladakh

Im hohen Nordwesten Indiens liegt Ladakh, auch "Klein Tibet" genannt. Die buddhistische Himalaya-Region gehört heute zum mehrheitlich muslimischen Bundesstaat Jammu & Kashmir und ist auf dem Landweg - unter Umgehung der Unruhegebiete in Kashmir - nur im Sommer erreichbar. Seit vielen Jahren versucht die 'Ladakh Ecological Development Group' (LEDeG) in der Hauptstadt Leh, die ladakhische Kultur und Natur zu erhalten. Dafür erhielt sie 1986 den Alternativen Nobelpreis. Seit 1995 bietet die britische Partnerorganisation 'Ladakh Projekt/Internationale Gesellschaft für Ökologie und Kultur' unter der Deutsch-Schwedin Helena Norberg-Hodge Farmaufenthalte in Ladakh an. Zwischen April und Oktober können "Freiwillige" auf einem Bauernhof leben und sich an rund 30 Stunden in der Woche nützlich machen. Das Leben ist extrem einfach, das Hochgebirgsklima rau, aber die Arbeit ist stressfrei und die Begegnung mit Menschen des tibetischen Kulturkreises vergleichsweise unkompliziert. Besondere Vorkenntnisse sind nicht erforderlich, aber eine praktische Veranlagung wird ebenso vorausgesetzt wie eine sorgfältige Vorbereitung. Die Teilnehmer

### "Indien - eine fremde Welt"

Die Deutsch-Indische Gesellschaft Frankfurt führt anlässlich der 50-jährigen Unabhängigkeit Indiens das Projekt "Indien - eine fremde Welt" durch. Dazu gehört eine Vortragsreihe, ein Hinduismus-Symposium sowie ein Schulprojekt, das Lehrern den Zugang zum Thema Indien im Unterricht erleichtern will. An dem Schulprojekt beteiligen sich inzwischen etwa 50 Lehrer. Zum Jahresende ist für diese Lehrer eine Reise nach Indien geplant, die eine intensive Begegnung mit der indischen Bevölkerung verschiedenster Schichten zum Ziel hat. Weitere Informationen über DIG, Zweigstelle Darmstadt-Frankfurt, Mozartweg 57, 64287 Darmstadt, Tel. 06151-712342, Fax: 06151-712320.

müssen Höhen zwischen 3.600 und 4.000 vertragen können und über gute Englischkenntnisse verfügen, auch wenn die Verständigung auf den Bauernhöfen selbst meist nur auf Ladakhi möglich ist. Der Mindestaufenthalt beträgt einen Monat und ist vor allem zwischen dem 15. August und dem 30. Oktober erwünscht.

Die Aufenthaltskosten für Schlafplatz und tibetische Verpflegung betragen pro Tag etwa 80 Pfennig und gehen direkt an die Familie. Dazu kommen einmalig rund 250 DM, die an das 'Ladakh Projekt' (Norberg-Hodge) und an einen Frauenverband in Ladakh zu zahlen sind sowie die Anfahrtskosten von Europa. Als Einführung empfiehlt sich das Taschenbuch "Leben in Ladakh" von H. Norberg-Hodge, aus dem Herder Verlag, auch wenn es streckenweise etwas zu romantisierend wirkt. Die Farmaufenthalte lassen sich gut mit einer Trekkingreise in Ladakh verbinden.

Details, auch zur intensiven Vorbereitung, sind erhältlich bei: 'International Society for Ecology & Culture' (ISEC)/Ladakh Project, 21 Victoria Square, Clifton, Bristol BS8 4ES, England, Tel. 0044-117-973-15 75.

### Einzigartiges Videoarchiv über Asien

Ein einzigartiges Video-Archiv hat Rainer Maerten aus Montabaur für den Privatgebrauch aufgebaut. Die Filme über Asien stammen zum größten Teil aus den Programmen der Fernsehanstalten im In- und Ausland; ein wahrer Fundus für diejenigen, die es versäumten, einen Beitrag mitzuschneiden, oder die eine Reise intensiv vor- und nachbereiten wollen. Dazu kann man Listen zum Selbstkostenpreis von je drei Mark zu folgenden Bereichen anfordern: 1. Nepal (mit rund 180 Titeln), 2. Tibet, 3. Indien, Bangladesch, 4. Pakistan, 5. Ladakh, Zanskar, Spiti, Kashmir, 6. Bhutan, Sikkim, 7. Birma, 8. Thailand, Malaysia, Singapur, Indonesien, 9. Kambodscha, Laos, Vietnam, 10. China, Hongkong, Macao, 11. Sonstige Länder in Asien, 12. Religion, Mythologie, Mystik, Medizin. Kontakt: Rainer Maerten, Mons-Tabor-Str. 1, 56410 Montabaur, Tel. 02602/5425 (nach 18.00 Uhr)

### Ethnofestival 1997

Unter dem Motto "Indien - Kontinent zwischen High-Tech und Stammesvölkern" / Ausstellung-Konzerte-Filme, findet vom 25.-28. April 1997 ein Ethnofestival in München statt. Weitere Informationen über Feuerwerk, Hansastr. 39, 81373 München, Tel. 089-743134-0, Fax: 089-7696032.